

Wege zur Selbstbestimmung

Die „Charta für ein Europa der Regionen“ stellt die Vision eines Europa vor, welches nicht von globalen Konzernen und Regierungen sondern von den Menschen und Gemeinden an der Basis geprägt wird.

Seit mehr als fünf Jahren wurde an ihr gearbeitet. Der „Kongress für integrale Politik“ 2008 war die Initialzündung. Ein Arbeitskreis der Violetten begann mit der Formulierung einer „Alternative zum Lissabon-Vertrag“. Der Arbeitskreis war offen, weitere Personen und Organisationen beteiligten sich und 2013 wurde die jetzt gültige Fassung der „Charta für ein Europa der Regionen – Wege zur Selbstbestimmung, auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage“ der Öffentlichkeit vorgestellt

Ein Europa der Regionen! Wer wünscht sich das nicht? Ein Europa der Vielfalt, welches weder dem, von zentralen EU-Instanzen geforderten Vereinheitlichungs- und Anpassungsdruck folgt, noch den Borniertheiten und der Zerrissenheit einstiger nationalstaatlicher Egoismen erliegt. Ein Europa, das sich selbst gehört und sich, von unten aufbauend, selbst gestaltet; das nicht von globalen Konzernen sondern von seinen Bürgern selbstbestimmt gestaltet wird; von uns, von den Menschen, unseren Gemeinschaften und Gemeinden; in dem sich Gemeinden und Städte zu Regionen zusammenfinden, die überschaubar bleiben, sich weitgehend selbst versorgen und Träger einer politischen Souveränität sind, die wir früher meist fraglos den Nationalstaaten zugestanden haben.. **Ein wahrhaft und nachhaltig demokratisches Europa, in dem direktdemokratische Willensbildung selbstverständlich und die gesellschaftlichen Strukturen für eine funktionierende Basisdemokratie allgemeiner Standart sind.**

Es gibt inzwischen Dutzende, wenn nicht Hunderte, von verschiedenen Ansätzen, sich diesem großen aber meist nur vage anvisierten Ziel anzunähern. Politische Vorschläge der verschiedenen Demokratiereformkräfte, wirtschaftliche- und Finanzkonzepte, die sich dem Würgegriff des globalisierten Kapitals zu entziehen versuchen, sind die eine Ebene. Radikalökologische Ideen und Konsequenzen und die sozialen Experimente der Gemeinschaftsbewegung sind eine andere Ebene, auf der die große Suchbewegung ihren Ausdruck findet. Die anthropologische Ebene und ihr kulturhistorischer Tiefenblick in die Kernbereiche der Krise ist der, heute noch am wenigsten bekannte, aber wichtiger werdende Bereich, in dem an einer nachhaltigen und „menschengerechten“ Demokratie gearbeitet wird. Gemeinschaftsforschung, Matriarchatsforschung, Soziotherapie und Tiefenökologie sind die Quellgebiete einer anthropologisch fundierten Demokratiereform.

Doch trotz des Reichtums und der Vielfalt all dieser Alternativen scheint es bisher keiner Idee, keinem Konzept und keiner innovativen Bewegung zu gelingen, das bestehende Herrschaftssystem auch nur annähernd aufzuweichen. Ist die ganze soziale und kulturelle Kreativität, die wir hier permanent entfalten, dauerhaft dazu bestimmt, vom System vereinnahmt zu werden und es damit sogar noch zu stärken?

Warum scheitern so viele gutgemeinte Innovationen?

Isoliert kann selbst der bestgemeinteste Ansatz vom System geschluckt, verdaut und assimiliert werden. So könnte zum Beispiel die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens bei gleichzeitiger Beibehaltung aller sonstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch entsprechende Preis- und Finanzmanipulationen schnell wieder kompensiert und ihrer eigentlichen Intention, der gesellschaftlichen Teilhabe aller, beraubt werden.

Die Einführung von Volksentscheiden würde sich bald auf ein pseudodemokratisches Reduzieren auf einige wenige Grundsatzfragen beschränken, wenn nicht gleichzeitig Basisstrukturen von unten für konkrete realpolitische Entscheidungen aufgebaut würden.

Der Abbau patriarchaler Herrschaftsstrukturen bleibt Makulatur, solange er durch Quotenregelungen oder die Vermehrung weiblicher Führungskräfte in den herkömmlichen Chefetagen von den eigentlichen Fragen ablenkt.

Wir könnten die Reihe dieser Beispiele beliebig fortsetzen. Doch was ist das „missing link“, dessen Fehlen uns bis heute daran hindert, ein System der Fremdbestimmung und Herrschaft, dem wir uns ausgesetzt sehen, grundlegend zu transformieren.?

Kulturell wird uns suggeriert, wir würden keine „großen Geschichten“ mehr wollen. Wenn das wahr wäre, dann müßten wir in der Tat auf ewig gefangen bleiben in dem, was uns das herrschende System als Realität vorgaukelt. Realistisch sei nur das, was uns im Rahmen sogenannter (meist finanziell determinierter) Sachzwänge erlaubt sei.

Die Dogmen des derzeitigen Finanzsystems sind aber keine Naturgesetze sondern Ideen bestimmter ökonomischer Schulen und in erster Linie die Interessen der großen Kapitaleigner. Sie basieren auf inzwischen fast gänzlich unbewußt gewordenen Grundannahmen des vor ca 500 Jahren einsetzenden Kapitalismus, die ihrerseits menschliche, willkürliche Setzungen und nicht unsere wahre Natur sind. Der „homo oeconomicus“ wiederum fußt (mittlerweile völlig okkult) auf den herrschaftsbegründenden und –sichernden Setzungen des beginnenden Patriarchats vor über 5000 Jahren.

Eine kollektive Schizophrenie

Da den wenigsten von uns diese Zusammenhänge in der Tiefe bewußt sind, neigen wir dazu, jeden Unsinn zu glauben, den uns die Ideologie der Moderne aus Konformitätsgründen zumutet. Und während die Wirklichkeit der Plünderung und Zerstörung von Menschen, Gemeinschaften, Ökosystemen und des ganzen Planeten rasant voranschreitet, wollen wir glauben, daß die Oberfläche aus parlamentarischem System und immer undurchschaubareren Geldverschiebungen, also der Staat (wer auch immer das sei) noch alles im Griff habe. Es ist von Euro- und Schuldenkrise die Rede und man präsentiert uns Sündenböcke wie die „faulen und maßlosen“ Griechen.

Es ist aber nur ein oberflächlicher Teil unseres Bewußtseins, der diese Verschleierung glaubt. Ein tieferer Teil in uns, der aber offiziell als politisch unmündig gilt, von einigen auch als weiblich-intuitive oder kindliche Anteile benannt, spürt, daß diese Oberflächenrealität aus Lügen zusammengesetzt ist. Unsere Oberfläche will dazugehören und glaubt daher fast jeden Unfug. Und unser tieferes Bewußtsein spürt mehr als es begreift, die Unstimmigkeiten, die Lügen, aus denen das System besteht. Wir spüren die selbstmörderischen Tendenzen in den großen Handlungslinien unserer Gesellschaft, und wir dürfen sie nicht offiziell zur Kenntnis nehmen. Somit befinden wir uns in einer Art dauerhafter und kollektiver Schizophrenie.

Nicht aus unserem inneren Kern heraus, sondern aus dieser kollektiven Schizophrenie heraus lehnen wir die großen Geschichten heute ab. Weil sie uns verunsichern. Wenn wir es allerdings ernst meinen und unsere politische Ineffizienz überwinden wollen, dann sollten wir uns wieder einlassen, auf eine große Geschichte. Für die Realisation eines Europa der Regionen brauchen wir sie, die Vision einer grundlegend anderen Politik.

Politik aus einem anderen Geist

Die „Charta für ein Europa der Regionen“ trägt den Untertitel „Wege zur Selbstbestimmung, auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage“. Die Autoren haben sich allerdings verabschiedet von der herkömmlichen Demokratie-Definition als „Herrschaft des Volkes“. Im Sinne eines grundlegend anderen Politikverständnisses und eines grundsätzlichen in Fragestellens von Herrschaft überhaupt wurde Demokratie für die Charta neu formuliert :

„Unter Demokratie verstehen wir die Möglichkeit, Fähigkeit und Bereitschaft, möglichst viele Bereiche des eigenen Lebens so gemeinwohlorientiert und selbstbestimmt wie möglich selbst und gemeinsam zu gestalten.“

Und Freiheit wurde in folgenden Kontext gestellt:

„Freiheit ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung für das uns tragende Lebensganze. Zur Ermöglichung individueller Freiheit und Entfaltung brauchen wir stabile und zukunftsfähige Gemeinschaftsstrukturen an der Basis der Gesellschaft.“

Daraus wird politisch abgeleitet:

„Gemeinschaften und Gemeinden, die sich in einem hohen Maße selbst versorgen und ihre inneren Angelegenheiten gemeinsam und selbstbestimmt regeln, sind die Keimzellen einer friedfertigen, sozial verantwortlichen, naturverträglichen und nachhaltig demokratischen Gesellschaft. Wir wollen echte Subsidiarität und die Verlagerung substantieller politischer Gestaltungsmacht an diese Basis der Gesellschaft.“

Autonome Regionen entstehen aus der Vernetzung lokaler und regionaler Zusammenhänge und gewährleisten die Souveränität des politischen Willens ihrer Bewohner. Überregionale Zusammenschlüsse haben föderalen Charakter und haben die Selbstbestimmung und Diversität der Regionen zu achten. Politische Regelungen überregionaler Art treten nur durch Zustimmung der betreffenden Regionen in Kraft.“

Im Laufe der Arbeit an der Charta wurde den Autoren klar, daß die „Alternative zum Lissabon-Vertrag“ nicht gleich ein europäischer Verfassungsentwurf im staatsrechtlichen Sinne sondern zunächst einmal deren Voraussetzung, nämlich die Formulierung einer alternativen Vision eines geeinten Europa sein mußte. **So ist sie nun zu etwas geworden wie einem geistigen Kritisationskern, an dem sich praktische Demokratiereform verbindet mit der Vision für eine grundlegend andere Gesellschaft.**

Dezentralisierung und die Orientierung an den Menschen und der Gemeinschaft

Etwas vereinfacht ausgedrückt kann man sagen, das diese Vision sich vornehmlich aus drei Quellen inspirieren ließ. Die eine ist das Buch von Leopold Kohr „Das Ende der Großen“. Seine Entwürfe für ein Europa aus vielen kleinen Ländern waren nicht nur wichtige Hinweise zum Europa der Regionen der späteren Charta. Sie waren eine zentrale Erkenntnis für die Bedeutung von Dezentralität schlechthin. So legt er überzeugend dar, daß in vielen Fällen nicht die Ideologie sondern schlicht die überdehnte Größe eines politischen Systems zu Herrschaft, Unterordnung und Anpassungsdruck führen, und zwar unabhängig davon, ob die offizielle Staatsdoktrin faschistisch, sozialistisch oder eine sich an der kapitalistischen Wirtschaft orientierende parlamentarische repräsentative Demokratie ist. Diversität, eine reiche sprachliche, kulturelle und landschaftliche Vielfalt, die gerade Europa auszeichnet, wird zunehmend zerstört, je zentraler und vereinheitlichter Europa von oben bestimmt wird. Ein hoher Grad an wirtschaftlicher und politischer Autonomie dagegen könnte die autonomen Regionen zu effektiven Garanten von Demokratie, Gemeinwohl und Naturverträglichkeit machen.

Eine zweite wichtige Inspiration ergab sich aus der Befassung mit den Almende-Gedanken, wie sie z.B. von Elinor Oström und Silke Helfrich formuliert wurden. Statt den Blick monolithisch oder eben als ewigen Dualismus auf privatwirtschaftliche oder staatliche Wirtschaftsformen zu fixieren, traten die Eigentums-, Wirtschafts- und Nutzungsformen im Rahmen begrenzter Gemeinschaften in den Vordergrund. Überhaupt wurde es wichtig, Begrenzungen und Gliederungen nicht mehr reflexhaft als rückwärts gewandt abzutun, sondern genauer zu untersuchen. So wurden wichtige Prinzipien der Dreigliederung (nach R. Steiner) und der Viergliederung (nach J. Heinrichs) in eine fruchtbare Zusammenschau miteinander und mit der regionalen Gliederung gebracht. Direkt- und basisdemokratische Momente werden in der Charta dort angesprochen, wo sie am nachhaltigsten und sinnhaftesten wirken können: auf der Ebene von Gemeinschaften, Gemeinden und Regionen. Die dritte Quelle der Inspiration gerade auf der gesellschaftlichen Basisebene waren anthropologische Impulse, wie sie speziell in der kritischen Patriarchatstheorie, der Matriarchatsforschung und der Gemeinschaftsforschung erarbeitet wurden. Dabei geht es um die Rahmenbedingungen für ein menschengemäßes Zusammenleben im Verwandtschafts- und Nachbarschaftszusammenhang. Unser Verhältnis zur Natur, das Verhältnis der Geschlechter und Generationen zueinander und nicht zuletzt das Verhältnis zur Transzendenz entscheiden ganz wesentlich mit darüber, ob eine Gesellschaft sich friedlich und gemeinwohlorientiert oder eben als Herrschaftssystem entwickelt.

Den Wandel selbst bestimmen statt bestimmt werden

Wie anfangs bereits dargestellt, war den Autoren der Charta bewußt, daß es nicht um eine weitere gute Idee geht, die dann ins Regal der nicht umgesetzten Möglichkeiten gestellt wird. **Die Charta ist nicht mehr und nicht weniger als der komplexe Ansatz, die schon vorhandenen Ideen zusammenzuführen und in eine Ordnung zu bringen, die in sich so kongruent, komplex und stimmig ist, daß sie als ganzes eben nicht vom System geschluckt werden kann. Eine echte Alternative zum herrschenden System!**

Damit wurde aber auch klar, daß man mit der Weiterentwicklung der Charta nun nicht länger unter sich bleiben kann. Aus dem offenen Arbeitskreis bildete sich ein von der Partei unabhängiger Initiativkreis, der nun zur Demokratiekonferenz einlädt.

Unter dem Motto „Dezentralisierung, Regionalisierung und das menschliche Maß“ lädt dieser nun zusammen mit dem Netzwerk Holon Parteien und andere politische Organisationen vom 27. bis 29. März 2015 im Haus Mühlrain bei Kassel dazu ein, gemeinsam über ein selbstbestimmtes Europa ins Gespräch zu kommen.

Den Initiatoren ist klar, daß es einen langen Atem braucht, von der Vision zu konkreten Konzepten und zum gemeinsamen Handeln zu kommen. Deshalb sind die Demokratiekonferenzen auf Dauer, Verlässlichkeit und eine kontinuierliche Öffnung hin angelegt. Sie sollen in regelmäßigem Abstand alle sechs Monate stattfinden. Im August 2016 schließlich ist eine neue Phase der Erweiterung geplant. Dann nämlich soll ein erster europäischer Regionalkongress für den deutschsprachigen Raum zusammen mit allen Menschen und Organisationen stattfinden, die sich bis dahin auf Grundlage der Charta zusammen gefunden haben. Der Kongress richtet thematische und regionale Gruppen ein die dann dezentral, aber miteinander vernetzt und im weiteren halbjährlichen Austausch innerhalb vier weiterer Jahre für das Jahr 2020 einen nächsten Kongress vorbereiten.

Als erste Modellregion in diesem Sinne scheint sich zwischen Göttingen und Kassel ein Feld von interessierten Gruppen und Initiativen aufzutun. Sollten parallel dazu in anderen Sprachräumen ähnliche Initiativen entstehen, wird irgendwann einmal ein erster mehrsprachiger Kongress der Regionen stattfinden.

Die Demokratiekonferenzen und Kongresse wollen eine zivilgesellschaftliche Vernetzung anregen, die neben und unabhängig vom offiziellen Politikbetrieb das Zusammenkommen eines „Europa von unten“ befördert und damit die wichtigste Voraussetzung schafft, daß eine „Europäische Föderation autonomer Regionen“ Wirklichkeit wird.

G.L.

Gandalf Lipinski, der Verfasser dieses Artikels, ist Theatermacher und mit den Schwerpunkten Tiefenökologie, Soziotherapie und Gemeinschaftsbildung in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Er hat maßgeblich an der Entstehung der Charta mitgewirkt und gemeinsam mit dem „ensemble 90“ ein Theaterstück zu deren Hintergründen entwickelt. In Vortragsveranstaltungen stellt er Essenz und Grundlagen der Charta vor.